

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Ungeheilte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postzustellung 3 Mk. jährlich. Abzug 1/3 für die Post. Alle Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen. In der Redaktion sind alle Anzeigen zu jeder Zeit gegen Entgelt entgegenzunehmen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Abdruckung einzelner Artikel erfolgt nur, wenn vorher befragt.

Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite beträgt 20 Goldpfennig, die Zeilenlänge 10 Goldpfennig. Die Zeilenlänge der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig. Die Spaltenbreite beträgt 20 Goldpfennig. Die Zeilenlänge der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig. Die Spaltenbreite beträgt 20 Goldpfennig. Die Zeilenlänge der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 201 — 83. Jahrgang

Telegr. Nr.: „Wilsdruff“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Donnerstag, 28. August 1924

In der Schwebe.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns über die am zweiten Tage der Parliamentsausrede zum Londoner Abkommen im Reichstage herrschende Stimmung geschrieben:

Was kommt, weiß man nicht. Was kommt nach der entscheidenden Sitzung des Reichstages, in der die Gesetzentwürfe über das Londoner Abkommen angenommen oder abgelehnt werden, oder...? Ja, das „oder“ ist das dritte Fragliche! Dieses „oder“ ist geplant für den Fall, daß die Gesetzentwürfe oder vielmehr das Eisenbahngesetz zu Fall kommen. Dann soll die Regierung das Londoner Abkommen auf Grund des Artikels 45 der Reichsverfassung doch unterzeichnen, wodurch die völkerrechtliche Bindung herbeigeführt würde, also die Bindung Deutschlands gegenüber der Entente und umgekehrt. Und daß dann der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung die Gesetzentwürfe staatsrechtlich in Kraft setzt. Diese Reichspräsidentenverordnung müßte dann später — mit einfacher Mehrheit — vom Reichstag angenommen werden.

Daneben sind aber die Vermutungen noch lange nicht beendet, wonach — wieder auf Grund der Reichsverfassung, und zwar des Artikels 173 — zur Annahme des Eisenbahngesetzes eine Zweidrittelmehrheit gar nicht notwendig sei, weil dieser Artikel alle höheren Mehrheiten bei Verfassungsänderungen dann für nicht notwendig erklärt, wenn dadurch Gesetzentwürfe zur Ausführung des Friedensvertrages berührt werden. Ein Gutachten des früheren Ministers Dr. Simons will das beweisen. Das sind aber alles fruchtlose Versuche, weil Marx sowohl wie Stresemann und andere offizielle Stellen der Reichsregierung diese Zweidrittelmehrheit für notwendig erklärt haben. Auch die Entente, Herriot und MacDonald haben den gleichen Standpunkt eingenommen und die Pariser und Londoner Blätter haben das bei der Besprechung der Reichstagsverhandlungen wieder aufs Schärfste unterstrichen. Ebenso ist übrigens von London und Paris aus Berlin nicht im unklaren darüber gelassen worden, daß man dort seine Unterschriften nur dann unter das Londoner Abkommen und erst dann setzen werde, wenn der Reichstag die Entwürfe annimmt; sonst nicht. Also scheint — wir betonen das „scheint“ — auch diese Weg verbannt zu sein.

Was soll denn nun geschehen? Also doch Reichstagssatzung bei Ablehnung der Gesetze? Sind die Deutschnationalen geschloßen dagegen, so wird die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht. Es ist immer wieder die Rede davon, daß die Deutschnationalen sich teilweise der Stimme enthalten oder gar mit „Ja“ stimmen könnten. Zweifelslos geht man davon aus, daß die Deutschnationalen die Neuwahl zu fürchten hätten, daß vor allem namentlich die Anhänger dieser Partei in den besetzten Gebieten für die Annahme des Londoner Abkommens wären. Der Druck ist noch verstärkt worden durch gewisse, allerdings ganz unverbindliche Besprechungen, in denen die Möglichkeit geäußert wurde, den Deutschnationalen stärkere Einwirkung auf die Ausführungsbedingungen zum Londoner Abkommen zuzubilligen. Ob das zu einem Resultat führen wird, das von Einfluß auf die Abstimmung sein kann, ist aber auch wieder eine von den großen Rätselfragen, da man eben nicht weiß, ob die Opposition ihre Stellung wegen solcher unverbindlicher Andeutungen wird verrücken lassen. Daß hierüber noch alles in der Schwebe ist, beweist übrigens auch die fast auffallend verschiedene Art, in die der Reichstagskanzler Marx seine Antwort auf die Reden Herzigs einerseits, Wulles andererseits lieferte; dort eine ruhige sachliche Auseinandersetzung, hier schärfste Vorwürfe, heftigste, bis zur verbissenen Beschuldigung des Landesverrats gesteigerte Angriffe auf die Nationalsozialisten.

Aus allen diesen Gründen ist also die Reichstagsauflösung zwar klar im Vordergrund des unverbindlichen Gedankens im Reichstag, aber man — hofft doch immer noch, daß irgendein Weg gefunden wird, auf dem man an der Klippe vorbeikommt. Parlamentarische Taktik erfordert natürlich, sich bei jeder Partei als überaus siegesbewußt und zuversichtlich zu zeigen; aber die Deutsche Volkspartei und das Zentrum sind im Grunde ihres Herzens gar nicht so sehr von einer Neuwahl entzückt, weil man dort glaubt, daß die Früchte einer derartigen „Angstwahl“ doch von den Sozialdemokraten gepflückt werden, daß also ein starker Linksruck und daher dann auch ein schroffer Linksruck einsehen würde, der ganz unübersichtbare sozialpolitisch-wirtschaftliche Kämpfe bringen könnte. Jede Stunde, fast jede Minute gebiert neue Kombinationen, angebliche Äußerungen mehr oder weniger maßgebender Persönlichkeiten. Wird schließlich die Volksvertretung nicht zu einem Ziel kommen können und die Volksmeinung vor ein Urteil, eine Entscheidung gestellt?

Fristverlängerung für Goldbilanzen.

Bis 30. November 1924.

Die beschleunigte Aufstellung der Goldbilanzen entspricht einem dringenden wirtschaftlichen Bedürfnis und

Für und gegen den Dawesplan.

„Bereit zur Unterschrift“.

(23. Sitzung, Schluß.)

OB. Berlin, 26. August.

Unverwundeter Weise wurde die gestrige Tagung des Reichstages zu einer Dauersitzung, die erst um Mitternacht mit dem beginnenden heutigen Tage ihr Ende erreichte und dadurch ihr besonderes Gepräge erhielt, daß Reichstagskanzler Dr. Marx nochmals mit längeren Ausführungen in die Diskussion eintrat. Die mit der ersten Lesung der Gutachtengesetze verbundene Aussprache der Parteien brachte nach dem Abg. Curtius von der Deutschen Volkspartei den nationalsozialistischen Abg. Wulle auf die Rednertribüne. Er charakterisierte das Londoner Abkommen als ein zweites Versailles, das unbedingt abgelehnt werden müsse.

Der demokratische Abgeordnete Erlenfenz sagt, daß das Londoner Abkommen nicht die Befriedigung seiner Partei finde, jedoch von ihr als eine wichtige Etappe auf dem Wege zu einer besseren Zukunft betrachtet werde.

Reichstagskanzler Dr. Marx

erhebt sich nun unter großer Spannung und wendet sich gegen die Kritik, welche die oppositionellen Vorredner an den Ergebnissen der Londoner Konferenz und der Stellung der Regierung geübt haben. Es sei unklar, daß der Reichspräsident sich nicht von sachlichen Erwägungen, sondern von taktischen und parteipolitischen Gründen leiten lasse. Die Reichsregierung habe auch bei jeder geeigneten Gelegenheit die Kriegsschuldfrage in entschiedener Weise aufgerollt. Die Frage könne aber nicht mit Schlagworten gelöst werden, sondern auf dem Wege streng historischer wissenschaftlicher Forschungen. Keiner der Kritiker, sagt der Kanzler, habe einen Weg gewiesen, wie Deutschland in eine bessere Lage kommen könne. Wenn die Frage, wie Deutschland aus seiner außerordentlich drückenden Kreditnot befreit werden soll, nicht klipp und klar beantwortet wird, dann verbitte ich mir die Kritik. (Große Unruhe rechts.) Die Zusage Herziots, das Kautzgebiet in 12 Monaten zu räumen, sei niedergelegt in einem Brief Herziots an MacDonald, der im Berliner Auswärtigen Amt liegt und den der Kanzler verliest. Der Kanzler fährt fort:

Was wir tun können zur Ausführung des Dawes-Plans, ist die deutsche Reichsregierung entschlossen auszuführen, und ich hoffe, daß sie der Reichstag dabei unterstützen wird.

Von seinen Darlegungen am letzten Sonnabend erklärte der Kanzler, nicht das geringste zurückzunehmen. Die Fragen der Räumung der Ruhr sollen in seiner Weise verknüpft werden mit irgendwelchen handelspolitischen Abmachungen. Der Reichstagskanzler wendet sich weiter gegen die Kritik und die Haltung der Reichsparteien und sagt zum Schluß:

Wir sind bereit, am nächsten Samstag zu unterschreiben (hört, hört!), weil wir diesen Kontrakt als einen Schritt auf dem Wege zur Befreiung unseres Vaterlandes ansehen, weil wir auf diesem Wege einen großen Teil unseres besetzten Gebietes zu befreien hoffen. (Aufrechter Applaus.) Weil wir diese Hoffnung haben, darum sind wir bereit, zu unterschreiben. (Beifall v. d. Rechten.)

Nach dem Reichstagskanzler sprachen die Vertreter der Bayerischen Volkspartei Pfleger und der Wirtschaftspartei Dr. Bredt trotz mancher Bedenken im Namen ihrer Parteien ihre Zustimmung zu den Regierungsvorlagen aus. Der deutschsozialistische Abgeordnete Runge brachte den ablehnenden Standpunkt seiner Parteifreunde zum Ausdruck. Damit war die erste Lesung der Gutachtengesetze erledigt und das Haus vertagte sich.

(24. Sitzung.)

OB. Berlin, 26. August.

Die heutige Sitzung bringt die zweite Lesung der Vorlagen, die sich auf die Londoner Abmachungen beziehen. Die erste umfaßt die Darlehensvorlage, die zweite beschäftigt sich mit der Industriebelastung, die dritte mit dem Reichsbahngesetz und die vierte mit dem Mantelgesetz.

Bei der Beratung der Darlehensvorlage bebaute der Abg. Dietrich (D. Nat.) die Haltung des Reichspräsidenten, der offenbar der Rentenmark nicht sympathisch gegenüberstehe und dem Kreditbedarf der Landwirtschaft nicht genügend Rechnung trage.

Abg. Graefe (Nat. Soz.) beantragte Aussetzung der Verhandlungen, bis der Reichspräsident erschienen sei.

Präsident Wallraf wies darauf hin, daß der Reichstag nur die Hinzuziehung von Ministern zu seinen Sitzungen verlangen könne.

Abg. Keil (Soz.) entgegnete dem Abg. Dietrich, die Kriegsschuldfrage habe allein das deutsche Währungsseil verschuldet. Abg. Sammers (Zentr.) wies auf die schwere Belastung hin, die der Industrie durch den Londoner Pakt auferlegt werde. Die Industrie sei jedoch bereit, im Interesse des Vaterlandes die Last auf sich zu nehmen.

Abg. Kay (Komm.) bekämpfte die Vorlage und meinte, die neue Bank solle die absolute Alleinherrschaft des ausländischen Kapitals in Deutschland sichern.

Abg. Dr. Quentkampff (D. V.) trat für die Vorlage ein

muß daher mit allem Nachdruck gefördert werden. Mit Rücksicht darauf, daß die gesetzliche Regelung der Gebühren und Kosten für die Umstellung erst unmittelbar bevorsteht, ist indessen der Wunsch der Wirtschaft, die Frist zur Vorlegung der Goldmarkteröffnungsbilanz in mäßigen Grenzen zu verlängern, als berechtigt anerkannt worden. Die Reichsregierung hat sich daher nach einer amtlichen Mitteilung entschlossen, für Gesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, auf Grund des § 20 der Goldbilanzverordnung die Frist zur Vorlegung

und viele eine Ablehnung der Darlehensvorlage und ein Weiterwirtschaften mit der Rentenmark für unmöglich. Es komme jetzt nicht auf theoretische Erörterungen an, sondern auf ruhige, friedliche Entwicklung. Im übrigen kritisiert er die bisherige Praxis der Reichsbank, die in Verletzung ihrer eigentlichen Aufgabe nur Geld gedruckt und damit die Inflation gefördert habe. Die Rentenmark könne nicht die endgültige deutsche Währung sein. Mit ihr sei auf die Dauer nicht weiter zu arbeiten.

Abg. Heber (Nat. Soz.) bezeichnete die Vorlage als den Versuch, das deutsche Volk in die Zinsknechtschaft des internationalen jüdischen Kapitals zu bringen. Er lehnte aus diesem Grunde die Vorlage ab.

Reichswirtschaftsminister Hamm

betonte, die Rentenmark könne nicht auf sich allein gestellt die stabilisierte Währung darstellen. Der Reichsbankpräsident habe ein großes Verdienst an der Aufrechterhaltung der Stabilisierung der Währung. Er habe auch bei den Verhandlungen mit den Sachverständigen erfolgreich für die Befriedigung des Kreditbedürfnisses der Landwirtschaft gewirkt.

Abg. Graf Bernstorff (Dem.) führte aus, daß an den Gesetzen doch nichts zu ändern sei und es besser sei, ohne lange Reden und parteipolitische Auseinandersetzungen möglichst schnell zur Annahme zu kommen, die eine nationale Notwendigkeit sei.

In der weiteren Aussprache verlangt der Abg. Holzamer (Wirtschaftspartei) die Ausdehnung der Kredithilfe auch auf Handwerk und Kleinindustrie. Nach Ausführungen des Abg. Pfleger (Wahr. V.) und des Abg. Kuhnt (D. Soz.) wurde mit der zweiten Lesung der

Vorlage über Industriebelastung

begonnen. Dabei empfahl der Abg. Schneider (D. V.) die von seinen Freunden im Auswärtigen Ausschuss gestellten Anträge, wonach im Gegensatz zu dem Reichsratsbeschluss auch die werbenden Betriebe des Reiches, der Länder und Gemeinden in den Kreis der Belasteten einbezogen werden sollen, ebenso die Sparkassen, die im wesentlichen als Bankbetriebe arbeiten.

Abg. Heber (Nat. Soz.) erhob nachträglich einen Ordnungsruf wegen beleidigender Bemerkungen gegen den Reichsbankpräsidenten und die Reichsregierung.

Abg. Lejnar (D. Nat.) lehnt die Vorlage ab, weil die Substanz der deutschen Wirtschaft nicht mit den Lasten aus dem Versaillesvertrag bequidat werden dürfe.

Abg. Frau Sender (Soz.) wandte sich gegen die Kommunisten und meinte, die Arbeiterschaft werde es nicht verstehen, daß die Kommunisten sich schuldig vor die Inflationsschuldner der Industrie stellen. Die Reichsregierung erwiderte die Erklärung des Außenministers Dr. Stresemann, daß bei Annahme des Dawes-Abkommens die Kommunisten für die politischen Gefangenen auch auf das unbesetzte Deutschland ausgedehnt werden solle, im Plenum zu wiederholen, damit die Folgen einer Ablehnung im Volke bekannt würden.

Abg. Roenen (Komm.) betonte, die Industrie werde die ihr auferlegten Lasten auf die Breite schlagen, so daß schließlich doch die breiten Massen die Belasteten sein würden.

Eine Brücke?

Von dem Abg. Bredt (Wirtschaft. Ver.) ist ein Antrag eingegangen, der folgendes besagt: Der Reichstag wolle beschließen, in der Einleitung zur Vorlage über die Reichsbahnbeschleunigung (Reichsbahngesetz) die Worte zu streichen: „Nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse zu einer verfassungsgemäßen Gesetzgebung erfüllt sind.“

Würde dieser Antrag angenommen, so entfielen die Notwendigkeit einer Zweidrittelmajorität für die Vorlage im Reichstage und ihre Annahme wäre gesichert.

Aber den Antrag wird später abgelehnt. Heute geht die Einzelberatung weiter und dauert bis in die Nachtstunden.

Kommt es zur Zweidrittel-Majorität?

Berlin, 26. August.

Wie das 8-Uhr-Abendblatt, und zwar angeblich von der deutschnationalen Seite, meldet, wäre eine Zweidrittelmajorität für das verfassungsgemäße Eisenbahngesetz jetzt mit 99 % Sicherheit im Reichstage zu erwarten. Nicht nur die Deutschnationalen des besetzten Gebietes, also etwa 25 Stimmen, würden sich für das Eisenbahngesetz aussprechen, sondern auch die übrigen westdeutschen und süddeutschen Abgeordneten der Partei, insgesamt 40 bis 45 Abgeordnete, um ihrerseits alles zur Sicherung der Durchführung des Londoner Paktes zu tun. Ein großer Teil der übrigen Abgeordneten der Deutschnationalen Partei werde sich der Stimme enthalten oder sich an der Abstimmung überhaupt nicht beteiligen. Einige Arbeitseiferer der Deutschnationalen hätten sich bereits gestern für mehrere Tage verabschiedet, um der Abstimmung aus dem Wege zu gehen.

der Goldmarkteröffnungsbilanz bis zum 30. November 1924 zu verlängern.

Deutsch-spanischer Handelsvertrag.

Im Reichsrat angenommen.

Der Reichsrat beschäftigte sich mit dem neuen deutsch-spanischen Handelsvertrag. Das neue Abkommen mit Spanien, so heißt es in einer beiseitegegebenen Denkschrift, er-